

## Deutschösterreichischer Städtetag.

Die Tagung der deutschen Städte Oesterreichs gestaltete sich zu einer einmütigen Kundgebung der Städte, in der mit Entschiedenheit zum Ausdruck kam, daß die Städte und ihre Vertreter ihre Pflichten gegen die Bevölkerung und gegen den Staat mit größter Opferwilligkeit erfüllen und unter allen Umständen durchhalten werden, bis zum endgültigen militärischen und wirtschaftlichen Sieg.

Aus den Beratungen, über die wir bereits berichtet haben, ist noch folgendes hervorzuheben:

### Approvisionnementfragen.

Vizebürgermeister Raim erstattete über die Lebensmittelversorgung ein Referat, in dem es heißt: Von den Verordnungen, wie sie leider seit Kriegsausbruch oft am grünen Tisch gemacht wurden, gingen viele nach ihrer Geburt baldigt mit dem Tode ab. So zum Beispiel erschien die Höchstpreisverordnung für Kartoffeln im September 1915, ohne vorher deren Beschlagnahme durchgeführt zu haben. Die natürliche Folge war, daß vom Tage der Inkraftsetzung der Verordnung die Zufuhr der Kartoffeln vollkommen aufhörte und dadurch eine Unregelmäßigkeit in der Versorgung der Bevölkerung eintrat. Weiter erschien die Silberverordnung vom Jahre 1915, die die Erhöhung der Mehlpreise beinhaltete, um ein allfälliges Defizit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt zu decken. Doch gelang es dem energischen Eingreifen des Bürgermeisters mit der Gemeindeverwaltung schon nach wenigen Tagen die Aufhebung durchzusetzen. Dadurch, glaube ich, haben alle Städtebewohner bedeutende Vorteile errungen. In jüngster Zeit sind wieder Verordnungen erschienen, so die Bierverordnung, die sich in Niederösterreich bereits in dritter Auflage zeigt, die nicht die Möglichkeit bietet, die im geringeren Maße zugewiesenen Biermengen so auszuschenken, wie es der geschäftliche Betrieb erfordert. Eine weitere Verordnung ist in den jüngsten Tagen erschienen, die Höchstpreise für Zwickeln. Mit dem Erscheinen dieser Ver-

ordnung verschwand auch dieser Artikel vom Markte, und leider sind nur mehr wenige Wochen, und die Zwecklosigkeit ist vorüber, ohne daß die alljährlich in Tausenden von Waggons eingelangten Zwickeln der städtischen Bevölkerung zugesprochen wären. So ließe sich noch manche Verordnung kritisieren; ich will es aber unterlassen und hoffe, daß die neuzuschaffende Reichsstelle durch Zuziehung von Gemeindevertretern und Fachleuten in der Lage sein wird, durchführbare Verordnungen im Interesse der Gesamtheit zu erlassen.

Wenn ich Sie mit etwas Ziffernmaterial belästige, so geschieht es, um Ihnen ein Bild einer Gemeindeverwaltung von mehr als 2 Millionen Bewohnern zu geben. Bei Beginn des Krieges war man der Meinung, die Bevölkerungszahlen werden sich verringern, doch das war irrig. Das Gegenteil trat ein, die Garnison von Wien stieg von 26.000 auf 120.000 Mann, die Zahl der Flüchtlinge erreichte 250.000 Personen, während die Kranken und verwundeten Militärs die Ziffer 60.000 erreichten. Der Krieg führte daher eine Vermehrung der Bevölkerung der Stadt Wien herbei, was gewiß auch bei vielen deutschen Städten der Fall war. Doch der Vermehrung der Bevölkerung stand nach kurzer Zeit eine bedeutende Abnahme der Zufuhren von Lebensmitteln gegenüber, insbesondere von Getreide und Fleisch aus Galizien und Serbien, das vorher zum größten Teil der Stadt Wien zukam. So erforderte der Mehlsankauf und dessen Verteilung die Schaffung eines eigenen Mehlamtes, und bisher wurden von diesem Amt nicht weniger als 176.640.000 Kilogramm, das sind 17.664 Waggons mit dem Kostenpreis von 99.689.000 Kronen, an die Bevölkerung abgegeben. Redner besprach die bisherige Kartoffelversorgung sowie die Milchversorgung Wiens. Eine schwere Schädigung liege in der Zerteilung des Versorgungsgebietes der Monarchie, die eine Quelle aller Uebelstände ist, die sich in der Versorgungsfrage ergeben. Es wäre daher unbedingt notwendig, wenigstens für die Kriegsdauer die Gemeinlichkeit der Versorgungsgebiete herzustellen, wie es ja auch ein gemeinsames Verteidigungsgebiet gibt.

Bürgermeister Dr. Dinghofer (Binz) verlangte, daß die Stadt- und Landbevölkerung bezüglich der ihnen zukommenden Quoten der Lebensmittel gleich zu behandeln seien und daß man sofort an eine Streckung der vorhandenen Vorräte schreiten müsse, denn es sei äußerst unangenehm, wenn bei Brot die Qualität fortwährend wechselt. Redner tritt dann für die Rationalisierung des ganzen Verkehrs der notwendigen Lebensmittel ein und erhofft nur auf diese Art eine zulängliche Versorgung der Bevölkerung mit denselben. Redner tritt auch für die Einführung des Kartensystems, wie bei Brot und Mehl, auch für alle anderen notwendigen Artikeln ein.

Vizebürgermeister Oberleitner (Mährisch-Schönberg) sagte: Die Verordnungen betreffend Festsetzung von Höchstpreisen haben aus dem Grunde vollständig versagt, weil nebst anderen Mängeln diese Höchstpreise nicht einheitlich für die österreichischen Kronländer festgesetzt wurden. Durch eine einheitliche Festsetzung von Höchstpreisen würde sich ein allmähliches Herabsetzen der Preise erreichen lassen, und dies sei eine der ersten und obersten Forderungen, die an das Ernährungsamt gestellt werden müssen. Am richtigsten wäre es, alle Lebens- und Verbrauchsmittel nach und nach, aber in rascher Folge auf jenen Preis herabzusetzen, der dem Durchschnittspreis einer zehn-jährigen Vorkriegsepoche, vermehrt um einen Zuschlag bis höchstens 50 Prozent entspricht. Daneben müßte aber das Requisitionrecht im vollsten Umfang gehandhabt werden.

### Ein Kriegswucheramt.

In der Debatte wurde vom Bürgermeisterstellvertreter Toldt (Salzburg) der Antrag gestellt, die Regierung aufzufordern, ein Kriegswucheramt nach Art des im Deutschen Reich bestehenden ins Leben zu rufen, das nicht nur eine ungerechtfertigte Steigerung der Preise zu verhindern hätte, sondern auch die schrittweise Verringerung der geltenden Höchstpreise auf ein entsprechendes Maß durchführen soll. Der Antrag wurde der geschäftsmäßigen Behandlung zugewiesen.

### Eine Denkschrift an den Kaiser.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner brachte sodann nachstehend den von Abg. R. G. Wolf eingebrachten Antrag zur Verlesung: Der deutschösterreichische Städtetag fordert sein Präsidium auf, in einer Druckschrift mit kurzen und bündigen Worten, die von der Rücksicht auf Sicherheit, Ordnung und Gedeihen des Staates sowie auf das Wohl der Dynastie eingegebenen Forderungen der Deutschen bezüglich der künftigen Stellung und Geltung des Deutschtums im Staate festzustellen und diese Druckschrift in geeigneter Weise an die Stufen des Thrones gelangen zu lassen.

Hierauf wurde die Tagung mit einer Ansprache des Bürgermeisters geschlossen.